Auf der Suche nach schneller Verwertbarkeit?

Die Geschichte der Sozialistischen Arbeiterpartei (SAP)

▼ Rezension des Buches von H. Arndt und H. Niemann über die Geschichte der Sozialistischen Arbeiterpartei (1931 - 32) unter vergleichender Heranziehung von Schriften der KPD-Opposition (KPO)

Das Buch von Niemann und Arndt schildert detailreich und interessant die Vorgeschichte (H. Arndt, 1922 - 31) und Geschichte (H. Niemann, 1931 - 32) der Sozialistischen Arbeiterpartei (SAP). 1931 stimmten neun SPD Reichstagsabgeordnete zusammen mit der KPD gegen die Finanzierung von Panzerkreuzerbauten (S. 93 f.). Anschließend wurden sie nach verschiedenen publizistischen Aktivitäten wegen "Bestrebung(en) zur Errichtung selbständiger Organisationsgebilde in und neben der Partei" aus der SPD ausgeschlossen (S. 111 f.). Daraufhin wurde die SAP am 4. Oktober 1931 gegründet (S. 113, 128). Zu den in dem Buch berichteten interessanten Einzelheiten gehören bspw. die Forderung der SPD-Linken nach einer "diktatorischen Arbeiterregierung" (S. 28), deren im Grundsatz solidarische Haltung gegenüber der jungen Sowjetunion (S. 56) und die Streichung einer ursprünglich im Entwurf vorgesehenen Quotierungsregelung aus der SAP-Satzung (S. 172). Sie wurde - auch von Frauen - nicht als notwendigerweise formaler Mechanismus gegen patriarchale Strukturen in der Arbeit*ER*bewegung gesehen, die Aufstiegsmöglichkeiten für fähige Frauen verhindern. Vielmehr wurde sie als Verstoß gegen ein - von HERRschaftsstrukturen unberührt gedachten - Qualifikationskriterium betrachtet.

Vielfach bleibt das Buch aber leider in der Schilderung historischer Abläufe und parteitaktischer Winkelzüge (bspw. S. 34 Mitte, S. 47 oben) stecken (**bedauerlich ist insbesondere, daß d. Verf. den Gehalt der Materialien, die d. Verf. im Anhang ihres Buches [S. 212 ff.*] abdrucken, nicht ausschöpfen**): Obwohl im Buch selbst erwähnt wird, daß sich die SPD Linke im *unteren und mittleren Funktionärsapparat verankert habe* (*S. 57*), dichotomisieren d. Verf. **durchgängig zwischen der "Reformpolitik der SPD-Führer und dem Wollen der proletarischen Massenbasis"** der SPD (bspw. S. 72).

Eine genaue Analyse der sozialstrukturellen (S. 31 für den SPD-Reformismus) und grundsätzlich theoretischen (S. 139 ff. für die KPD-Politik angedeuteten) Ursachen für die Nichtzusammenarbeitsfähigkeit / bereitschaft von KPD und SPD im antifaschistischen Kampf wird leider nicht geleistet. Eine solche Analyse und ein auf einer solchen Analyse aufbauendes alternatives Konzept fehlte bereits der SAP, so daß ihr nichts anders übrig blieb, als sich "aus taktischen Gründen mit der gleichen Schärfe (von der KPD) abgrenzen (zu) müssen" wie "aus grundsätzlichen Erwägungen von der SPD" (S. 158). Ein eigenständiges Profil fehlte der SAP.

Aufgrund dieser Analyseschwäche bleiben die von H. Niemann genannten Gründe für das Scheitern des SAP zirkelschlüssig: Er verweist als Ursache dafür, daß die SAP ihren angestrebten Brückenschlag zwischen SPD und KPD nicht hat realisieren können, fast ausschließlich auf die *vorgängige* Spaltung der ArbeiterInnenbewegung in diese beiden Parteien (S. 181). Außerdem nennt er die von ihm als sektiererisch betrachteten Fraktionskämpfe in der SAP (S. 180 et passim). Unter dieses Etikett ordnet d. Verf. auch umstandslos die Intervention eines Teils der KPD-Opposition (KPO) in der SAP abschätzig ein (S. 149 ff.).

Ich möchte dagegen folgende Thesen über die Schwachpunkte des Linkssozialismus bzw. der SAP zur Debatte stellen:

1. Die SPD Linke ließ sich den Zeitpunkt der Parteispaltung vom rechten Parteiflügel diktieren. Sie versäumte es, von sich aus die Partei zum Zeitpunkt ihres maximal ausgereizten Einflusses zu verlassen: Auf dem Magdeburger Parteitag im Mai 1929 erhielt die SPD-Linke für ihre grundsätzlich antiimperialistisch orientierte Wehrvorlage immerhin 35 % der Stimmen. Die SPD war zuvor im Wahlkampf mit der Parole "Kinderspeisung statt Panzerkreuzer" erfolgreich gewesen, so daß die Chance bestand, mit einer neuen Partei breit ins SPD-WählerInnen-Spektrum einzubrechen. Stattdessen verschleppte die SPD-Linke die Auseinandersetzung um die Panzerkreuzerfinanzierung bis ins Jahr 1931.

2. ist zu nennen: Die unklare Haltung der LinkssozialistInnen zum bürgerlich-parlamentarischen Rechtsstaat. Einerseits gingen sie richtigerweise davon aus, daß eine Staatsform in Abhängigkeit von ihrem sozialen Inhalt zu bewerten sei (S. 53). Diese Position heißt konsequent zu Ende gedacht, daß eine kapitalistische Gesellschaft per se *nicht* als demokratisch betrachtet werden kann (vgl. S. 36). Im Gegensatz dazu haben die LinkssozialistInnen aber die Weimarer Republik als "demokratisch" bezeichnet (S. 54 ff.). Dieses Attribut ("demokratisch") hat zwei Konsequenzen: Zum einen werden der Herrschafts- und Klassencharakter der komplexen Mechanismen von Integration und Spaltung im rechtsstaatlichen Parlamentarismus unterschätzt. Zum anderen werden dessen Elemente, die tatsächlich *gegen reaktionäre Tendenzen* verteidigenswert sind, nicht *begrifflich klar* bestimmt. Folge ist die auch von d. Verf. erkannte parlamentarische Illusion, mit einer revolutionär-sozialistischen Partei eine Mehrheit bei bürgerlichen Parlamentswahlen gewinnen zu können (S. 42 f.). Die SPD-Linke ging aber immerhin davon aus, diese dann wahrscheinlich militant verteidigen zu müssen (S. 38 ff.). Diese Illusionen von der Revolution per Parlamentswahl wurden zwar in der SAP überwunden (*S. 248*), ihre Strategie blieb aber trade-unionistisch und ökonomistisch (Generalstreik als erstes politisches Kampfmittel: *S. 248 sowie S. 265 ff., 286 f.* - zur Kritik siehe LW 5, 355 [410 ff.] - Was tun?). Die KPO warf der SAP vor, ihrer "unverbindlichen Anerkennung der außerparlamentarischen Kampfmittel" keine Taten folgen zu lassen. Sie verweise "revolutionäre Aktionen ins Jenseits der aktuellen Praxis" (Faschismus, S. 160; vgl. auch S. 131).

3. **Als LinkssozialistInnen schwankten die späteren SAP-GründerInnen zuvor in der SPD zwischen einer "radikaldemokratischen Konzeption" (S. 28), dem Einklagen von (reformerischen) Gegenleistungen für sozialdemokratische Regierungsunterstützung (S. 94) und dem Beklagen** des "Stillstandes der Sozialpolitik" (*S. 226*) einerseits sowie einer zusammenbruchstheoretisch inspirierten Politik, die die Errichtung des Sozialismus zur Tages**aufgabe erklärte (vgl. bes. S. 87, 153) anderseits. Notwendig war stattdessen eine genaue Analyse, ob - im Gegensatz zur offiziellen SPD-Regierungspraxis - ein tatsächlich reformerisches antifaschistisches Bündnis möglich gewesen wäre,** oder ob tatsächlich "die Mittel der kapitalistischen Krisenüberwindung in ihrer Wirksamkeit aufgehoben" waren - wie sie SAP ohne Begründung behauptete (*S. 247 f.*). Eine solche Analyse wurde aber weder von der SPD-Linke noch von der SAP noch von d. Verf. des Buches geleistet.

Die von d. Verf. nicht sonderlich geschätzte KPO verwies dagegen darauf, daß es sehr wohl einen *kapitalistischen* (in dem Fall gleich: faschistischen) Krisenausweg gebe (Faschismus, S. 165 et passim). Die SPD-Linke warnte im Gegensatz dazu noch 1931 (vor der SAP-Gründung), vor einer 'Überschätzung' der "politischen Folgen des Sturzes der Regierung Brüning" (*S. 227*) und hielt eine faschistische Regierungsbeteiligung für den Fall eines Bruchs mit der sozialdemokratischen Tolerierungspolitik für ein akzeptables Risiko (*S. 228 f.*).

Genauso wie die SAP bestritt sie aber die Möglichkeit eines *reformistischen* Krisenauswegs. Dafür konnte sie - anders als das besprochene Buch zur SAP - zumindest einige *Anhaltspunkte in der damaligen Wirklichkeit* zur Diskussion stellen: Verfall der bürgerlich-parlamentarischen Parteien, Annäherung/Identität des ökonomischen Programms von "gemäßigten" und "radikalen" Teilen der Bourgeoisie, die ggü. den USA schwache Weltmarktstellung des deutschen Kapitals, wirtschaftliche/sozialpolitische Schwächung der "Arbeiteraristokratie" als sozialer Basis des Reformismus (Einheitsfront, S. 5 ff., 11 ff.; Faschismus, S. 61 f., 67, 83 f., 155). Dieser Sozialabbau sei nur bei gleichzeitigem Abbau von Freiheitsrechten gegen die ArbeiterInnenklasse durchzusetzen (Einheitsfront, S. 11 f.; Faschismus, S. 52 f., 62 f., 156).

♦ Problematisch an der Position der KPO sind aber zwei Aspekte:

Auf den ersten wurde bereits damals in der Diskussion innerhalb der KPO hingewiesen: Einerseits werde die These aufgestellt, der Sozialabbau könne nur mit Hilfe des Abbaus des Parlamentarismus von der Bourgeoisie durchgesetzt werden. Andererseits sei der Erfolg des Faschismus gerade ein Zeichen der *aktuellen Schwäche* der ArbeiterInnenbewegung; er ziele auf deren langfristige, *präventive* Zerschlagung (Faschismus, S. 68, 101). Im Gegensatz dazu setzte die erste These aber gerade den Widerstand der ArbeiterInnenbewegung voraus. Sonst könne die Bourgeoisie die rechtsstaatlich-parlamentarische Form ihrer Herrschaft auch bei massivem Sozialabbau beibehalten (ebd., S. 94).

Aus der damaligen wirtschaftlichen Situation folge nicht zwangsläufig die Alternative 'sozialistische Revolution oder Faschismus', insbesondere gebe es noch Zwischenformen zwischen der Weimarer Verfassung und Faschismus (ebd., S. 97 f.).

Damit sind wir fast bei dem zweiten Aspekt: Die in der damaligen deutschen Wirklichkeit ausgemachten Elemente, die für die Unmöglichkeit eines reformistischen Auswegs aus der Krise sprachen, wurden von der KPO weltweit und überhistorisch, also vereinseitigend, interpretiert. So gelangte sie zu der generellen (und nicht auf die damalige, konkrete Situation in Deutschland bezogene) These von der zukünftigen Unmöglichkeit des Reformismus (ebd., S. 53, 125, 149, s.a. S. 137). Die Gruppe Arbeiterpolitik, die auch heute noch bestehende und ansonsten durchaus zu differenzierten Analysen fähige Nachfolgeorganisation der KPO, hat diese These für die unmittelbare Nachkriegssituation in Westeuropa und für die Zeit des Endes des Nachkriegsbooms (Ende der 60er Jahre) wiederholt (ebd., 23, 24 f.).

Unabhängig von der Beantwortung der Frage nach der *Möglichkeit* eines reformistischen Krisenauswegs lehnt die KPO ein solches Bündnis mit Teilen der Bourgeoisie zur Verteidigung des Parlamentarismus ab. Einem faschistischen Putsch sei zwar praktischer Widerstand der ArbeiterInnenklasse entgegenzusetzen. Es sei aber nicht der Parlamentarismus schlechthin zu verteidigen, sondern einzelne Freiheitsrechte, die er der ArbeiterInnenklasse gewähre. Dies sei am erfolgreichsten möglich, wenn die Linke den bürgerlichen grundsätzlich bekämpfe. Dies zwinge die Bourgeoisie zu den meisten Zugeständnissen und sei daher auch das beste Abwehrmittel gegen den Faschismus (S. 107 ff., 150).

4. Im Zusammenhang mit der Zusammenbruchstheorie der SAP ist die 'fundamental-oppositionelle' Politik (S. 50) der Ablehnung der SPD-offiziellen Taktik der Tolerierung des "kleineren Übels" (S. 85) kritisch zu diskutieren.

SPD-Linke und SAP haben zwar richtig die die Faschisierung begünstigenden Folgen der sozialdemokratischen Tolerierung (der [Notverordnungs]politik) der bürgerlichen (Minderheits)regierungen kritisiert (bspw. *S. 226 ff.*). Sie hatten dieser aber nur eine ***abstrakte Negation*** entgegenzusetzen.

Das "kleinere Übel" besteht aber *in der Wirklichkeit* und kann deshalb nur unter der Anerkennung seiner *Existenz* bekämpft werden. Friedrich Engels kritisiert die These des Absentionismus, das Bestehende dürfe von Linken nicht anerkannt werden, so: "Das Bestehende besteht und macht sich nicht wenig lustig über unsere Anerkennung. Wenn wir die Mittel, die uns das Bestehende gibt, benutzen, um gegen das Bestehende zu protestieren, ist das Anerkennung?" (MEW 17, 412 [412] - Über die politische Aktion der Arbeiterklasse). Die Nutzung der 'Mittel des Bestehenden' im Kampf gegen das Bestehende ist aber nicht mit einem rein instrumentellen Verhältnis (*jedes* Mittel könne für *beliebige* Zwecke eingesetzt werden) möglich. Denn jedes Mittel funktioniert nach seiner *eigenen* Logik, ist also nur für *bestimmte* Zwecke nutzbar. Deshalb würde eine *bloße Umkehrung* der herrschenden Mittel hinter dem Rücken derjenigen, die sie benutzen, *ebenfalls* die *herrschenden* Zwecke realisieren. Die 'Mittel des Bestehenden' müssen also nicht nur für andere Zwecke, sondern auch *anders* als von den Herrschenden eingesetzt werden (Brecht sagt: "Lenin sprach nicht nur anderes als Bismarck, sondern er sprach auch anders.")

Der Hauptstoß hätte also nicht gegen die mehrheitssozialdemokratische Tolerierungspolitik *an sich*, sondern gegen deren *konkrete Ausgestaltung* geführt werden müssen. Es wäre also notwendig gewesen, das "kleinere Übel" tatsächlich *gegen das "größere Übel" (Nazis)* zu stützen - wie der Strick den Gehängten (Lenin) -, aber ohne den "üblen" Charakter des ersteren zu bestreiten und ohne auf eine Massenmobilisierung *von links* gegen das "kleinere Übel" zu verzichten. Dies würde einschließen, auf parlamentarischer Ebene bei Abstimmungen über Einzelmaßnahmen / einzelne Gesetze eine tolerierte Regierung nur soweit zu unterstützen, wie sich diese tatsächlich von den Vorschlägen des "größeren Übels" unterscheidet.

5. Die linkssozialdemokratische und SAP-Faschismus-Analyse blieb im ökonomistisch-mechanistischen Denken der II. Internationale stecken: Max Seydewitz ging davon aus, "daß der herrschende Monopolkapitalismus in Deutschland nicht daran glaubt, dieses sein Klassenziel auf dem Wege der Demokratie erreichen zu können und weil er (da)mit (...) rechnet, (...) *hat er die faschistische Bewegung ins Leben gerufen*, (...)." (S. 103, ähnlich die SAP-Resolution auf *S. 255*). Unberücksichtigt bleibt hier der anderenorts durchaus - konsequenzlos - anerkannte (*S. 225*) kleinbürgerliche und relativ selbständige Charakter der faschistischen Bewegung. Die These vom "ins Leben (...)rufen" der faschistischen Bewegung durch das Monopolkapital wird dieser komplexen Wirklichkeit nicht gerecht, so daß unter ihr die Entwicklung einer wirksamen, massenorientierten antifaschistischen Strategie leiden muß.

Die KPO weist dagegen auf die Eigendynamik der Faschisierung hin: Die Bourgeoisie habe (zunächst) keine faschistische Diktatur gewollt, ihr wirtschaftspolitisches Konzept habe aber zwangsläufig die soziale Massenbasis für eine faschistische Bewegung geschaffen. Ihr ökonomisches Programm habe schließlich den Einsatz der faschistischen Massenorganisationen gegen die ArbeiterInnenbewegung erzwungen. Ihre politische Macht habe die Bourgeoisie auch nicht freiwillig abgegeben. Vielmehr habe sie sich *politisch* selbst vom Faschismus unterdrücken lassen müssen, um *sozial* die herrschende Klasse bleiben zu können (Faschismus, S. 42, 45, 175 f.).

Daß diese Punkte in dem Buch von Arndt/Niemann zwar teilweise angedeutet, aber nicht scharf herausgearbeitet werden (was mit dem in dem Buch selbst enthaltenen Material durchaus möglich ist), scheint daran zu liegen, daß der Herausgeber auf unmittelbare Nutzanwendung **in der Gegenwart orientiert: So sind für Niemann die "bedeutende(n) theoretischen, Leistungen des Linkssozialismus" das wertvollste Erbe, auf dessen Grundlage** ein "theoretischer Neuanfang" der "europäischen Linken" möglich sein soll. Damit bleibt außer Acht, was d. Verf. selbst an verschiedenen Stellen zur Konzeptionslosigkeit des Linkssozialismus schreiben (S. 37, 39, 82). *Insofern* hatte m.E. die Orientierung von Teilen der KPD-O auf Verwandlung der SAP in eine "neue kommunistische Partei" ihre Berechtigung, weil sie reflektierte, daß es keinen Weg zwischen Reformismus und revolutionärer Politik geben kann. Aber auch diese GenossInnen konnten die o.g. fünf Schwächen nicht überwinden, so daß die SAP eine Mischung aus Rechtsopportunismus und Ökonomismus im Verhältnis zum bürgerlichen Staat und in Strategiefragen einerseits und gemäßigten Linksradikalismus im Antifa-Kampf bleib, ein eigenständiges revolutionäres Profil aber nicht entwickeln konnte. Das ist das Problem, vor dem die PDS heute unter neuen Bedingungen ebenfalls steht, und das unter bloßen Verweis auf SAP, Austromarxismus (Otto Bauer) und Eurokommunismus nicht zu lösen ist.

Desch

* *Kursive* Seitenzahlen beziehen sich auf die Originaldokumente im Anhang des Buches.

Heinz Niemann (Hg.).

Auf verlorenem Posten? Zur Geschichte der Sozialistischen Arbeiterpartei.
Zwei Beiträge zum Linkssozialismus in Deutschland von Helmut Arndt und Heinz Niemann
Dietz-Verlag: Berlin, 1991
299 Seiten, 19,80 DM

August Thalheimer

Wie schafft die Arbeiterklasse die Einheitsfront gegen den Faschismus? (1932)
In der BRD neu herausgegeben von der Gruppe Arbeiterpolitik (Bremen, o. J.)
34 Seite, 1,50 DM

Gruppe Arbeiterpolitik (Hg.)

Der Faschismus in Deutschland
Band 1: Analysen und Bericht der KPD-Opposition 1928 - 1933
1973[1]: Europäische Verlagsanstalt
1981[2]: Selbstverlag, Bremen;
295 Seiten, 12,00 DM

Marxistisches Forum

Zur Vorgeschichte der Konferenz: Die Durchführung einer zweiteiligen Konferenz zu Ursachen, Wesenszügen und Auswirkungen des Zusammenbruchs des "real existierenden Sozialismus" wurde bei einem Treffen verschiedener marxistisch orientierter Zeitschriften und Gruppen bereits im Mai letzten Jahres beschlossen (s. PROWO Nr. 4, 21.06.1990, S. 8). Seitdem wurde der Termin der Konferenz aufgrund organisatorischer Schwierigkeiten - zuletzt auch wegen der Konzentration des politischen Interesses auf den Golfkrieg - mehrfach verschoben. (s. PROWO Nr. 5, S. 14, Nr. 8, S. 2; Nr. 11, S. 9). Diese Verschiebungen wirkten sich negativ auf die Werbungsmöglichkeiten für die Konferenz aus: Nur im "Neuen Deutschland" (und im "Arbeiterkampf") erschienen rechtzeitig Veranstaltungshinweise mit dem richtigen Konferenzdatum. Der "interim" wurde nur der ursprüngliche Februar-Termin mitgeteilt und in der April-PROWO war am Tag vor der Konferenz nur die Anmeldeadresse angegeben, die zu diesem Zeitpunkt niemandeM mehr weiter geholfen hat. (Auch keine Zeitung vergessen?, d.S.) Entsprechend war die soziale und politische Zusammensetzung der KonferenzteilnehmerInnen: Von den rund 40 TeilnehmerInnen, die die ganze Zeit anwesend waren, waren nur drei Frauen, von denen sich nur eine an der Diskussion - mit zwei Beiträgen - beteiligte. Bei den Männern stellten die mit Abstand größte Gruppe (abgewickelte) DDR-Wissenschaftler, die teilweise in der PDS organisiert sind. Außerdem waren anwesend: Weitere Mitglieder der (Kommunistischen Plattform der) PDS, sowie Mitglieder der *Ost*berliner Gruppe Revolutionäre SozialistInnen (Zeitschrift "Avanti"), der Vereinigten Sozialistischen Partei (VSP; Zeitschrift "SoZ") Hamburg, der NELKEN und der Gruppe Arbeiterpolitik sowie zwei ehemalige PROWO-Redakteure und ein Redaktionsmitglied der Marburger Theorie-Zeitschrift "Perspektiven".

Der zweite Teil der Konferenz findet nun am 1./2.6.1991 - wahrscheinlich im Haus der Demokratie, Friedrichstr. 165, O-Berlin 1080, U-Bhf. Französische Str.) - statt.

Dort werden folgende Themen behandelt:

Osteuropa: Sozialismus ohne revolutionäres Subjekt (Ute Osterkamp, angefragt)

real existierender Sozialismus in Bulgarien und anderen Balkan-Staaten (Birgit Schlieweez)

Perestroika: Kapitulation oder revolutionäre Erneuerung (Steffi Engert)

Zur Stellung der Frauen in den nachkapitalistischen Übergangsgesellschaften (Irene Dölling, angefragt)

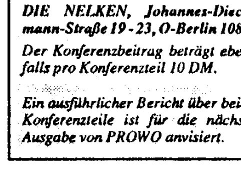
marxistische Ethik (Wolfgang Jantzen).

In einer abschließenden Podiumsrunde soll über die Frage "Was ist Sozialismus?" diskutiert werden.

Außer den genannten ReferentInnen wird noch versucht, GenossInnen aus der Sowjetunion zu gewinnen.

Anmeldung für den zweiten Konferenz-Teil und Bestellung des Reader (280 Seiten, 10 DM) bei:

DIE NELKEN, Johannes-Dieckmann-Straße 19 - 23, O-Berlin 1080.

Der Konferenzbeitrag beträgt ebenfalls pro Konferenzteil 10 DM.

Ein ausführlicher Bericht über beide Konferenzteile ist für die nächste Ausgabe von PROWO anvisiert.